



LANDESVEREINIGUNG
KULTURELLE JUGENDBILDUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

 **FSJ Kultur**
Freiwilligendienst

Merkblatt

Verwaltung BFD

Stand: 02.02.2023

Freiwilligendienste
Kultur und Bildung 

Ein Programm der



Bundesvereinigung Kulturelle
Kinder- und Jugendbildung e.V.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

BFD 
Der Bundesfreiwilligendienst
Zeit, das Richtige zu tun.

Merkblatt Verwaltung BFD im FSJ Kultur

Taschengeld

Die Einsatzstelle gewährt in eigenem Namen und für eigene Rechnung der*dem Freiwilligen – auch für die Zeit der Bildungstage und des Urlaubs – ein monatliches Taschengeld in Höhe von mindestens 402,00 Euro. Die Höchstgrenze liegt (Stand 2023) bei 438,00 € monatlich (6% der Beitragsbemessungsgrenze in der allg. RV). Dieser Betrag ist, nach den Gepflogenheiten der Einsatzstelle, aber spätestens bis zum letzten Tag des laufenden Monats auf ihr*sein Konto zu überweisen.

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) wird nach Vertragsabschluss und Angabe der Abrechnungsstellennummer (AST) der Einsatzstelle einen monatlichen Zuschuss von 300,- € für Taschengeld und Sozialversicherung überweisen. Bei Freiwilligen ab 26 Jahren wird ein monatlicher Zuschuss von 400,-€ für Taschengeld und Sozialversicherung überwiesen.

Sozialversicherungen

Freiwillige scheiden ggf. aus der Familienversicherung aus und müssen sich selbst in einer gesetzlichen Krankenkasse versichern, auch wenn ihre Einkünfte unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze liegen. Die Einsatzstelle entrichtet in eigenem Namen und für eigene Rechnung sämtliche Sozialversicherungsbeiträge einschließlich der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. Es ist sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmeranteil von der Einsatzstelle zu leisten (§ 20 Abs. 3 SGB IV).

Berechnungsgrundlage für die Sozialversicherung sind Taschengeld plus Sachbezüge bzw. Geldersatzleistungen. Bei einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung unmittelbar vor dem Freiwilligendienst muss nach SGB III § 344 Abs. 2 ein erhöhter Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden; Grundlage dafür sind nach SGB IV §18 Absatz 1 die Bezugsgrößen der Sozialversicherung. Im Jahr 2022 sind das 3.395 Euro (West) bzw. 3.290 Euro (Ost und Ost-Berlin). Die zutreffende Bezugsgröße ist mit dem Prozentsatz aus der Tabelle unten zu multiplizieren, um den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung zu ermitteln.

Da bei Freiwilligen die Einsatzstelle den vollen Sozialversicherungsbeitrag zahlt, ist ein durchschnittlicher Zusatzbeitrag statt des individuellen anzuwenden, vgl. SGB V §242a. Das ist auch dann der Fall, wenn die Krankenkasse keinen individuellen Zusatzbeitrag erhebt.

Die Sozialversicherungsgrößen für 2022 im Überblick

Arbeitslosenversicherung (AV)	2,60%	
Krankenversicherung (KV): allgemeiner Beitragssatz	14,60%	
Krankenversicherung (KV): Zusatzbeitrag (durchschnittlicher Wert)	1,60%	
Pflegeversicherung (PV): allgemeiner Beitragssatz	3,05%	
Pflegeversicherung (PV): allgemeiner Beitragssatz mit Zuschlag (sofern das 23. Lebensjahr vollendet ist und die*der Freiwillige keine Kinder hat)	3,40%	
Rentenversicherung (RV):	18,60%	
Umlage U1 (Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall)	entfällt	
Umlage U2 (Mutterschutzumlage) Die Höhe der U2 ist bei mit dem Höchstbetrag veranschlagt und nach Rückfrage bei der jeweiligen Krankenkasse des*der Freiwilligen* anzupassen.	bis zu 0,70%	
U3 (Insolvenzgeldumlage)	0,06%	
Gesamt:	40,51% 40,86%	(ohne Zuschlag PV) (mit Zuschlag PV)

Anmeldungen, Überweisung und Abrechnungen der auf die Freiwilligen bezogenen Kosten liegen in Verantwortung der Einsatzstelle. Aus diesem Grund ist es nötig, die steuerliche Identifikationsnummer von Ihrer*m Freiwilligen für Ihre Unterlagen einzufordern.

Die Einstufung bei der Krankenkasse erfolgt in der Beitragsgruppe 1111 und in der Personengruppe 123 (Freiwillige im FSJ oder BFD).

Der 9-stellige Tätigkeitsschlüssel generiert sich wie in der folgenden Tabelle beispielhaft dargestellt:

Position	Ausgeübte Tätigkeit	höchster alg.bildender Schulab-schluss	höchster beruflicher Ausbildungs -abschluss	Arbeitnehmer- überlassung	Vertragsform
Schlüsselnr.	z.B. 84434 oder 94704	z.B. 4	z.B. 1	1	3
Text	Kunst- und Theaterpädagogik oder Museumsberufe (allg.)	1= ohne 2= Hauptschule 3= Mittlere Reife 4= Abitur /Fachabitur 9= unbekannt	1= ohne 2= Abschl.anerk. Berufsausb. 3= Meister etc. 4= Bachelor 5= Dipl./Master 6= Promotion 9= unbekannt	1=nein 2=ja	1=unbefr.VZ 2=unbefr.TZ 3=befr.VollZeit 4=befr.TeilZeit

Anwendung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes für Jugendfreiwilligendienstleistende

Der GKV-Spitzenverband hat darum gebeten, nochmals auf die Besonderheiten der Anwendung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes bei Jugend-/Bundesfreiwilligendienstleistenden (Personengruppe 123) hinzuweisen.

Für Versicherte, deren Beiträge regelmäßig von Dritten getragen werden, ist die Besonderheit zu berücksichtigen, dass grundsätzlich der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz gilt (vgl. § 242a SGB V). Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz kommt für diesen Personenkreis im Übrigen auch dann zur Anwendung, wenn die Krankenkasse keinen kassenindividualisierten Zusatzbeitragssatz erhebt. Auch für die Teilnehmer, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes (JFDG) oder einen Bundesfreiwilligendienst nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) leisten und der Beitrag regelmäßig allein vom Arbeitgeber (Dritter) getragen wird, ist ausschließlich der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz zu berücksichtigen (vgl. § 242 Abs. 3 Nr. 6 SGB V) und nicht der kassenindividuelle Zusatzbeitragssatz. Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz beträgt für das Kalenderjahr 2023 bundeseinheitlich 1,6 Prozent. Damit die beitragsrechtlichen Besonderheiten der Jugendfreiwilligendienstleistenden in den Entgeltabrechnungsprogrammen weiterhin berücksichtigt werden können, haben sich insbesondere die Software-Ersteller von Entgeltabrechnungsprogrammen für die Beibehaltung des besonderen Personengruppenschlüssels (PSG) 123 ausgesprochen.

Haftpflichtversicherung und Berufsgenossenschaft

Die Einsatzstelle meldet die*den Freiwillige*n als Mitarbeiter*in zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie bei der für die Einsatzstelle zuständigen Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse an. Die Einsatzstelle schließt für die Vertragsdauer eine Betriebshaftpflichtversicherung ab und verpflichtet sich zur Zahlung der Beiträge. Die Einsatzstelle informiert die*den Freiwillige*n zu Beginn des

Einsatzes darüber, welche Tatbestände im Rahmen der Dienstpflicht durch eine Haftpflichtversicherung der Einsatzstelle abgesichert sind und welche nicht. Juristische Personen des öffentlichen Rechts können im Falle einer Selbstversicherung (Kommunaler Schadensausgleich; bei Anwendung der LHO oder der BHO das Prinzip der Selbstdeckung) auf den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung verzichten.

Arbeitszeit

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt maximal 40 Stunden, wenn nicht innerhalb des Betriebes eine geringere Wochenstundenzahl für Vollzeitkräfte allgemein üblich ist. Der Dienst wird grundsätzlich an fünf Tagen pro Woche (Montag bis Freitag) geleistet. Durch Dienstplan kann die Einsatzstelle hiervon Abweichungen festlegen, jedoch muss mindestens jedes zweite Wochenende arbeitsfrei sein. Über Ausnahmen entscheidet der Träger, wenn Einsatzstelle und Freiwillige*r einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen. Eine Schlechterstellung gegenüber anderen Mitarbeitern darf nicht erfolgen. Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) sind einzuhalten. Grundsätzlich hat die*der Freiwillige ihre*seine persönlichen Angelegenheiten außerhalb der Dienstzeit zu erledigen. Aus wichtigem Grund (z.B. notwendige Arztbesuche, Behördengänge oder Bewerbungsgespräche) soll die Einsatzstelle Dienstbefreiungen für die Dauer der unumgänglich notwendigen Abwesenheit gewähren. Dienstbefreiungen sowie die Bildungstage im BFD gelten als Arbeitszeit.

Krankheit und Dienstunfähigkeit

Die*Der Freiwillige hat im Falle einer Dienstunfähigkeit unverzüglich (spätestens drei Stunden nach geplantem Dienstbeginn) die Einsatzstelle hierüber zu informieren (möglichst zunächst telefonisch) und bei einer längeren Dauer auch den Träger in Kenntnis zu setzen. Ab spätestens dem vierten Arbeitstag der Dienstunfähigkeit hat die*der Freiwillige diese durch eine ärztliche Bescheinigung über die Dienstunfähigkeit mit Angabe der voraussichtlichen Dauer gegenüber der Einsatzstelle nachzuweisen.

Bei Krankheiten laufen die Zahlungen der Einsatzstelle weiter, jedoch nicht über den Zeitraum von sechs Wochen hinaus. Krankmeldungen zu Zeiten der Bildungstage müssen der LKJ umgehend angezeigt werden. Im Falle der Dienstunfähigkeit während eines Seminar, die die Seminarteilnahme ganz oder zeitweise verhindert, ist bereits am ersten Tag der Dienstunfähigkeit eine Dienstunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen, und der Träger vorab gegebenenfalls telefonisch zu informieren. Die*Der Freiwillige sendet in diesem Fall eine Kopie der Dienstunfähigkeitsbescheinigung – auf der die Übereinstimmung mit dem Original von der Einsatzstelle zu bestätigen ist – an den Träger. Versäumte Bildungstage - ohne Krankmeldung / Dienstunfähigkeitsbescheinigung - müssen nachgeholt werden.

Lohnsteuer, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld

Auch wenn das Taschengeld steuerfrei ist, besteht die Pflicht, eine Meldung an das Finanzamt zu machen (in dem Fall eine Null-Meldung) und der*dem Freiwilligen spätestens zum Dienstende bzw. mit Jahreswechsel eine Lohnsteuerbescheinigung auszuhändigen. Freiwillige zahlen in der Regel keine Lohnsteuer und haben keinen Anspruch auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Dieses kann jedoch auf freiwilliger Basis gezahlt werden. Diese Zahlungen sind für Freiwillige* komplett steuer- und sozialversicherungspflichtig.

Urlaub

Die*Der Freiwillige erhält ab dem Jahrgang 2023/2024 **mindestens 30 Tage Erholungsurlaub** bezogen auf einen zwölfmonatigen Dienst. Eine Schlechterstellung gegenüber anderen Vollzeit-Mitarbeiter*innen darf jedoch nicht erfolgen. Für die Zeit der Bildungstage im Freiwilligendienst ist eine

Urlaubsgewährung ausgeschlossen. Die Einsatzstelle stimmt die Urlaubsregelung mit der*dem Freiwilligen frühzeitig ab. Ein darüberhinausgehender (Sonder-) Urlaubsanspruch besteht nicht.

Bildungstage

Die Teilnahme an den Bildungsseminaren ist Pflicht. Die Zuordnung zu Seminargruppe und Seminartermin liegt im Ermessen des Trägers. Der Träger behält sich notwendige Termin- oder Ortsänderungen vor. Die Einsatzstelle gewährt für den Zeitraum der Teilnahme Dienstbefreiung. Darüber hinaus kann die*der Freiwillige an zusätzlichen individuellen Bildungstagen z.B. aus dem Wahlangebot des Trägers teilnehmen. Auf Vorschlag der*des Freiwilligen kann der Träger auch Bildungsangebote anderer Veranstalter oder Hospitationstage als individuelle Bildungstage anerkennen lassen. Die Teilnahme an den freien Bildungstagen ist für Freiwillige im BFD fakultativ.

Reisekosten

Die Einsatzstelle erstattet der*dem Freiwillige für die An- und Abreise zu den Bildungstagen die Kosten des öffentlichen Personenverkehrs, wobei die niedrigste Wagenklasse und mögliche Rabatte zu nutzen sind, innerhalb von 30 Tagen nach Vorlage der Originalfahrkarten. Der*Dem Freiwilligen steht es frei, stattdessen mit ihrem*seinen PKW anzureisen – in diesem Fall erhält sie*er als pauschale Abgeltung aller damit verbundenen Kosten 20 Cent je Kilometer, wobei die kürzeste Route zu nutzen ist. Die*Der Freiwillige trägt das Risiko, dass ihr*ihm zum Beispiel aufgrund eines Verkehrsunfalls deutlich höhere Kosten (einschließlich der Folgekosten wie zum Beispiel dem Verlust eines Schadenfreiheitsrabattes) entstehen. Die An- und Abreise zu den Bildungstagen wird als Dienstreise anerkannt. Sind in der Einsatzstelle höhere Erstattungsregelungen für Dienstreisen allgemein üblich, so sind diese anzuwenden.

Bildungskosten

Die LKJ BW e.V. beteiligt die Einsatzstellen an den Kosten der Bildungsarbeit und der pädagogischen Begleitung in Form einer Umlage in Höhe von 300,00 € pro Monat.

Die Einsatzstelle erhält zum Jahrgangsbeginn eine Rechnung über die Bildungskostenbeteiligung. Bitte weisen Sie diese so rechtzeitig an, dass der Eingang zum 20. eines jeden Monats verbucht werden kann.

Unsere Bankverbindung: Landesbank Baden-Württemberg
BIC SOLADEST600
IBAN DE89600501010002058249

Zahlungsempfänger: Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.

Zwischen- und Abschlussnachweise

Der LKJ sind die Zahlungen (402,00 Euro Taschengeld) an die*den Freiwillige*n und die Abführung der Beiträge zur Sozialversicherung (100%) sowie die Urlaubszeiten und Krankmeldungen im festgelegten Turnus nachzuweisen. Die Formulare hierfür (Zwischen- und Abschlussnachweis) werden per Mail zugesandt und können jederzeit bei der LKJ angefragt werden. Der Zwischennachweis soll bis zum 15.01. und der Abschlussnachweis bis zum 15.09. eines jeden Jahres der LKJ vorliegen.

Formblätter

- Personalbogen
- Zwischen- und Abschlussnachweis

werden direkt an die*den Freiwilligen (Personalbogen) und an die Einsatzstelle (Nachweis) versendet.
Diese erhalten Sie jederzeit gerne auch auf Nachfrage.

Kontakt:

Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Baden-Württemberg e.V.

Büro FSJ Kultur

Rosenbergstraße 50

70176 Stuttgart

fon: 0711 95 80 28 30

fax: 0711 95 80 28 99

fsjkultur@lkjbw.de

www.lkjbw.de